



Botschaft Nr. 6

19. März 2012

## des Staatsrats an den Grossen Rat zum Gesetzesentwurf zur Änderung der Gesetzgebung über die Familienzulagen

Diese Botschaft gliedert sich wie folgt:

1. Einführung

---

2. Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen (FamZG)

---

3. Die Familienzulagen und die Freiburger Verfassung

---

4. Vernehmlassung

---

5. Erläuterung der Bestimmungen

---

6. Auswirkungen

### 1. Einführung

Am 18. März 2011 haben die Eidgenössischen Räte einer Revision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG) zugestimmt. Damit wird der Geltungsbereich des Gesetzes auf die Selbstständigerwerbenden, die bislang noch keine Familienzulagen beziehen konnten, ausgeweitet. Selbstständigerwerbende innerhalb der Landwirtschaft beziehen bereits seit 1950 Familienzulagen, genauer gesagt, seit das Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG) in Kraft getreten ist.

Die Revision des Bundesgesetzes geht auf die parlamentarische Initiative von Nationalrat Hugo Fasel «Ein Kind, eine Zulage» vom 6. Dezember 2006 zurück.

### 2. Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen (FamZG)

Das Bundesparlament hat eine einheitliche Regelung der Familienzulagen für alle erwerbstätigen Personen getroffen. Zudem wurde mit der Revision eine Lücke aus der ersten FamZG-Anwendung geschlossen; diese ergab sich, wenn Erwerbstätige das Mindesteinkommen zum Bezug von Familienzulagen nicht erreichten, in der AHV aber nicht als

Nichterwerbstätige galten (neuer Absatz 1<sup>bis</sup> von Artikel 19 FamZG).

Die Regelung für die Selbstständigerwerbenden weist die folgenden Eckwerte auf:

- > Alle Selbstständigerwerbenden ausserhalb der Landwirtschaft werden dem FamZG unterstellt und müssen sich einer Familienausgleichskasse (FAK) anschliessen.
- > Zur Finanzierung der Leistungen entrichten die Selbstständigerwerbenden Beiträge, die sich nach ihrem AHV-pflichtigen Einkommen bemessen. Die Beiträge der Selbstständigerwerbenden sind auf dem Einkommen plafoniert, welches dem Höchstbetrag des versicherten Verdienstes in der obligatorischen Unfallversicherung (126 000 Franken im Jahr) entspricht. Diese Plafonierung ist zwingend und gilt für alle Kantone.
- > Die Kantone bestimmen, ob innerhalb einer Familienausgleichskasse auf den AHV-pflichtigen Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf denjenigen der Selbstständigerwerbenden der gleiche Beitragssatz erhoben werden muss.
- > Die Selbstständigerwerbenden haben Anspruch auf die gleichen Leistungen wie die Arbeitnehmenden. Der Anspruch unterliegt keiner Einkommensgrenze. Haben mehrere Personen Anspruch auf Familienzulagen, so

legt das Bundesgesetz die Reihenfolge fest (Art. 7 Abs. 1 FamZG).

Die neue Regelung ist als einheitliches System konzipiert, d. h. die Bestimmungen, welche das FamZG und die kantonalen Vorschriften für die Familienzulagen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer enthalten, gelten auch für die Selbstständigerwerbenden.

### **3. Die Familienzulagen und die Freiburger Verfassung**

Die Bestimmungen der Verfassung des Kantons Freiburg über die Familie (Art. 59 und 60) sehen unter den Massnahmen zugunsten der Familie vor, dass der Staat eine Zulagenordnung schafft, die jedem Kind Leistungen ausrichtet. Während das Gesetz vom 26. September 1990 über die Familienzulagen Leistungen zugunsten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie nichterwerbstätigen Personen vorsah, wird der Anspruch mit dieser Revision auf die Selbstständigerwerbenden ausgeweitet und somit die letzte Lücke geschlossen.

### **4. Vernehmlassung**

Zwischen dem 13. Oktober 2011 und dem 16. Januar 2012 wurde ein Vorentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen in die Vernehmlassung geschickt. Die angegangenen Instanzen haben grossmehrheitlich festgestellt, dass der Vorentwurf mit dem Bundesrecht übereinstimmt und einem Verfassungsauftrag entspricht. In der Folge wurden auch nur einige redaktionelle Bemerkungen abgegeben, die im Übrigen im vorliegenden Entwurf berücksichtigt wurden. Mehrere Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben gewünscht, dass die Frage für oder gegen einen einheitlichen Beitragssatz innerhalb einer gleichen Ausgleichskasse eingehender behandelt wird. Diesem Wunsch wurde entsprochen.

Was die Bemerkung betrifft, das geltende Gesetz entspreche nicht dem Grundsatz der geschlechtsneutralen Formulierung, kann der Staatsrat versichern, dass dem in einer späteren Revision Rechnung getragen wird.

### **5. Erläuterung der Bestimmungen**

#### **Allgemeines**

Mit der Revision des kantonalen Gesetzes über die Familienzulagen wird der Anspruch auf eine zweite Kategorie Erwerbstätiger ausgedehnt, nämlich auf die Selbstständiger-

werbenden. Aus diesem Grund wurde der Begriff «entlöhnte Person» in den folgenden Artikeln durch «Erwerbstätige» ersetzt oder aber durch «Selbstständigerwerbende» vervollständigt:

- > Art. 1, Anwendungsbereich
- > Art. 2 Abs. 2, Unterstellung, Grundsatz
- > Art. 6 Bst. b, Kreis der Anspruchsberechtigten
- > Art. 26, Organisation
- > Art. 34 Bst. c, Obligatorischer Anschluss
- > Art. 35 Abs. 1, Zentralregister

#### **Artikel 3, Ausnahmen**

Artikel 3 Bst. c, mit dem Wortlaut:

*«Diesem Gesetz sind nicht unterstellt:*

*...*

*c) der Ehegatte als Arbeitgeber des eigenen Ehegatten.»*

braucht es nicht mehr. Diese Ausnahme wurde zu einem Zeitpunkt eingeführt, als Selbstständigerwerbende vom Anspruch auf Familienzulagen ausgeschlossen waren, weshalb auch die Familienzulagen für eine selbstständigerwerbende Person, welche die eigene Ehegattin oder den eigenen Ehegatten als Arbeitnehmerin bzw. als Arbeitnehmer einstellt, ausgeschlossen werden mussten.

#### **Artikel 21 Abs. 2 und 3**

Absatz 2 legt die Anforderungen für Entstehung und Erlöschen des Leistungsanspruchs für Selbstständigerwerbende fest.

Artikel 3 verweist auf die Bundesbestimmungen im Falle einer Anspruchskonkurrenz, soll heissen: Wenn eine Person sowohl selbstständigerwerbend als auch arbeitsnehmend ist oder wenn sie ihre Erwerbstätigkeit unregelmässig ausübt.

#### **Artikel 22 Abs. 3**

Der Bundesgesetzgeber hat die FamZG-Revision dazu genutzt, eine Lücke zwischen AHV- und FamZG-Gesetzgebung zu schliessen (Art. 19 Abs. 1<sup>bis</sup> FamZG). Im Kanton Freiburg ändert sich dadurch jedoch nichts, denn gemäss kantonalem Ausführungsreglement (Art. 14) wird die neue Bundeslösung bereits angewandt.

## Artikel 23 Abs. 2 und 3

Die Finanzierung der Familienzulagen zugunsten der Selbstständigerwerbenden wird durch die Beiträge, die in Prozenten ihres Einkommens erhoben werden, gewährleistet. Das Einkommen zur Festlegung der Beiträge wurde indes auf den Höchstbetrag des versicherten Verdienstes in der obligatorischen Unfallversicherung (126 000 Franken im Jahr) begrenzt, diese Begrenzung ist gemäss Bundesrecht zwingend vorgeschrieben.

Um die Gleichbehandlung von Arbeitgebern und Selbstständigerwerbenden zu garantieren, sind ihre Beitragsansätze identisch. Wie dies im Allgemeinen in den anderen Kantonen gehandhabt wird oder werden wird. Dieser einheitliche Beitragssatz vereinfacht ausserdem sowohl für die Angeschlossenen als auch für die Ausgleichskassen das administrative Verfahren (s. Abs. 3). Schliesslich hat die Vereinigung der Freiburgischen Ausgleichskassen für Familienzulagen (VFAF) diesen einheitlichen Beitragssatz ausdrücklich gewünscht.

## Artikel 29 Bst. b

Gemäss Artikel 14 Bst. c FamZG und Artikel 12 Abs. 2 seiner Verordnung sind alle Familienausgleichskassen, die von einer AHV-Ausgleichskasse geführt werden, auf dem Kantonsgebiet zugelassen; eine einfache Anmeldung bei der zuständigen Instanz – in unserem Falle die Direktion für Gesundheit und Soziales – genügt. Somit ist die Schaffung einer Ausgleichskasse, die ausschliesslich im Bereich der Familienzulagen tätig ist, nicht sehr wahrscheinlich. Trotzdem muss diese Möglichkeit offen bleiben und der Artikel angepasst werden.

## Andere Gesetze

Das Gesetz vom 9. Juni 2011 über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (FBG; SGF 835.1) und das Gesetz vom 13. Dezember 2007 über die Berufsbildung (BBiG; SGF 520.1) verweisen bei den Arbeitgeberbeiträgen auf das Gesetz über die Familienzulagen. Sie müssen somit entsprechend angepasst werden.

## 6. Auswirkungen

### 6.1. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Finanzierung der Leistungen und die Deckung der Verwaltungskosten (Personal, Infrastruktur und Logistik) erfolgt ausschliesslich über die Beiträge, die den Familien-

ausgleichskassen entrichtet werden. Somit kommt es weder für den Kanton noch für die Gemeinden zu finanziellen Auswirkungen.

## 6.2. Weitere Auswirkungen

Der Gesetzesentwurf ist mit der Kantonsverfassung und dem Bundesrecht vereinbar. Er ist auch mit dem Europarecht vereinbar.

Das Inkrafttreten wird auf das der Bundesgesetzgebung abgestimmt. Laut Bundesamt für Sozialversicherungen sieht der Bund ein Inkrafttreten per 1. Januar 2013 vor.

Dieses Gesetz untersteht dem Gesetzesreferendum. Es untersteht nicht dem Finanzreferendum.

---